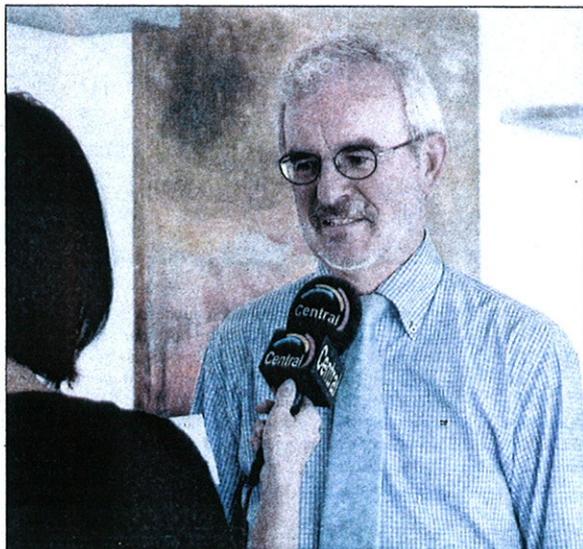


Starke Stadtregion: Emmens Marschhalt beeindruckt Partner nicht

STADTREGION – Emmen will beim Projekt Starke Stadtregion einen Marschhalt. Doch Luzern, Kriens, Ebikon und Adligenswil halten am November-Abstimmungstermin fest. Luzerns Stadtrat überzeugt die Argumente für Emmens Marschhalt nicht.

«Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.» Das Gorbatschow-Zitat wurde schon vielfach bemüht und nicht immer glücklich. Auch beim Emmer Weg Richtung Starke Stadtregion ist das Zitat wohl fehl am Platz – so jedenfalls die Hoffnung der Fusionsbefürworter. Fakt ist: Der Emmer Einwohnerrat hat auf Anregung der SVP und mit Unterstützung der FDP eine Sistierung des Projekt Starke Stadtregion erwirkt. Die entsprechende Motion wurde knapp überwiesen – sie ist nach Einschätzung von Staatsrechtler Paul Richli von der Universität Luzern rechtens. Als Antwort auf den beschlossenen Marschhalt hat «Emmen Go» eine Initiative angekündigt, mit der Emmens Fusionsweg subito wieder in die «richtigen» Bahnen gelenkt werden soll. Über diese Volksinitiative wird jedoch frühestens im März 2012 abgestimmt werden können. Gemeindepräsident Thomas Willi war bis vor kurzem noch zuversichtlich, dass die Partnergemeinden trotz dem Ausscheren Emmens gleichzeitig abstimmen werden (siehe Interview vom 2. Juni). Doch die Projektsteuerung, der Willi vorsteht, hat nach Rücksprache mit den Gemeinden befunden, dass auf Emmen nicht gewartet wird: Luzern, Ebikon und Kriens werden am 27. November über den Variantenweg Fusion oder Kooperation abstimmen, die Adligenswiler Gemeindeversammlung wie geplant am 29. November. Emmen muss den verspäteten Alleingang gehen. Oder in Willis Worten: «Emmen muss sich später wieder einfügen.»

Theorie und Praxis
Soweit der theoretische Fahrplan. In der Praxis sind noch einige Hürden zu nehmen. Die Volksinitiative, die zum Ziel hat, dass Emmen mit Luzern und allfälli-



Ebikons Gemeindepräsident Josef Burri stellt sich den Fragen der Presse. uba

gen weiteren Gemeinden einen Fusionsvertrag erarbeitet, muss zu Stande kommen. Zudem ist nicht gesichert, ob die Abstimmung bereits im März stattfindet. Die Initiative könnte auch für kurzfristige Fusionspläne überflüssig werden. Dann nämlich, wenn Luzern im November aufgrund der negativen Signale aus den Brautgemeinden plötzlich keine Lust mehr für eine Fusion zeigt.

Emmens Fusionsgegner dürfen jedoch nicht zu früh frohlocken. Zumindest Luzerns Stadtrat verfolgt das Fusionsziel unbeindruckt vom Störgeplänkel in Emmen. In Antworten auf zwei Interpellationen hat der Stadtrat die Fusion nochmals als Projekt mit «hohem Potenzial» gewürdigt. Gestützt auf das Schlussprojekt der Projektsteuerung, wies er darauf hin, dass die Chancen einer Fusion insbesondere auf längere Frist gross sind. Das Beispiel anderer Städte wie Winterthur und Zürich zeige, welche Dynamik langfristig entstehen kann.

Fusion ist nicht «reines Finanzprojekt»
In Emmen wurde der Marschhalt verlangt, weil der definitive Fusionsbeitrag des Kantons noch nicht vorliegt. Der Stadtrat zerzaust die Argumentation der Motionäre ungewöhnlich scharf. Der Kantonsbeitrag sei einmalig und dessen Wirkung kurzfristig. Wenn nun eine Abhängigkeit zu diesem Beitrag geschaffen werde, werde das Projekt zum reinen «Finanzprojekt» herabgestuft. Die verlangte Sistierung stelle eine Bedrohung

für die gesamte Strukturberreinigungsstrategie des Kantons Luzern dar. Sollte die Region Luzern tatsächlich einen «Marschhalt» einlegen, würden die Fusionsgegner in der kantonalen Abstimmung vermutlich argumentieren, das einzige Fusionsmotiv der Gemeinden sei der Millionenbetrag des Kantons. «Damit könnte die Finanzierung aller Gemeindefusionen gefährdet werden», so der Stadtrat.

Diskussion in die Bevölkerung tragen
Luzerns Stadtrat begrüsst die Initiative von Emmen Go. Damit werde gezeigt, dass das Projekt nicht nur die Idee der Gemeindeexekutiven ist. Zugleich biete sie die Chance, die Diskussion nun

Gemeinderat Ebikon weist den Weg Richtung Fusion

EBIKON – Der Gemeinderat Ebikon empfiehlt dem Stimmvolk am 27. November ein Ja für die Weiterführung der Fusionsverhandlungen: «Es gilt, die Kräfte zu bündeln, damit wir mehr Gewicht im Kanton haben und der Kanton mit einem starken Zentrum mehr Gewicht auf nationaler Ebene hat.» Mit diesen Worten erklärte gestern Gemeindepräsident Josef Burri die vom Gemeinderat gefällte Empfehlung an das Stimmvolk, den nächsten Schritt zu gehen und auf die Fusionsverhandlungen einzutreten. Das Szenario «Starke Kooperation» lehnt der Gemeinderat Ebikon ab. Auch die Controlling-Kommission teilt die Haltung des Gemeinderates. Sie verlangt jedoch, dass die Ergebnisse des Schlussberichts «Starke Stadtregion Luzern» zum Szenario Fusion in der Botschaft an die Stimmberechtigten dem Status quo gegenübergestellt werden. Der noch nicht feststehende Kantonsbeitrag zur Fusion ist nach Burri für den Gemeinderat «kein Problem». Bei der Abstimmung am 27. November gehe es um Verhandlungen, der Betrag und weitere Details müssten erst vor der Fusionsabstimmung feststehen. In einem allfälligen Fusionsvertrag pocht der Gemeinderat auf die Aufnahme von sechs Grundsätzen, etwa zur Quartier- und Vereinspolitik, zu den Leistungsstandards, zum Minderheitenschutz im Parlament oder der Chancengleich-

heit aller Mitarbeitenden. Burri war es wichtig zu betonen, dass Ebikon die Fusion nicht aus der Not, sondern aus der Stärke heraus prüft. Der Schuldenberg wurde massiv abgebaut, die Steuern auf 1,9 Einheiten gesenkt. Trotz guter Ausgangslage gäbe es Herausforderungen im Bereich Raumplanung, Verkehr oder Altersfragen, «die nicht mehr im Alleingang zu lösen sind», wie Burri sagte. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass die Fusion Synergien zum Vorteil der ganzen Region bringe.

Ebikon ist die zweite Partnergemeinde der «Starken Stadtregion», von der jetzt die Empfehlung des Gemeinderates bekannt ist. Bereits geäußert hat sich Adligenswil. Hier stellt man sich negativ zum Projekt und empfiehlt, den Status quo zu verfolgen. Darüber entscheiden wird die Gemeindeversammlung vom 29. November. Der Luzerner Stadtrat wird seine Empfehlung am 1. Juli veröffentlichen. Alles andere als eine Zustimmung zur Fusionsverhandlung wäre eine Überraschung. Mit Spannung erwartet wird die Empfehlung der Gemeinde Kriens. 2009 nahm das Projekt «Starke Stadtregion» an der Urne nur knapp die Hürde. Neuere, nur bedingt repräsentative Umfragen wollen in der Bevölkerung eine Ablehnung von gegen 60 Prozent ausgemacht haben. Der Gemeinderat Kriens will sich am 30. Juni äussern. (uba)

endlich auch in die Bevölkerung zu tragen. Zu stark sei sie bisher nur unter Mitgliedern der Parlamente wahrgenommen worden. Wohl im Wissen darum, dass der Fusionszug auch in anderen Gemeinden ins Stocken geraten

könnte, schreibt der Stadtrat, er könnte sich durchaus vorstellen, dass der Initiativweg auch in diesen Gemeinden gewählt wird.

Ueli Bachmann

Kommentar

Wohin die Reise geht

Letzten Dienstag wurde die Vereinigung für eine «Zukunftsträchtige Stadt Luzern» gegründet. Der Verein setzt sich gegen weitere Fusionen ein. Wörtlich wird in einer Medienmitteilung festgehalten: «Es kann nicht sein, dass die Stadt zum demokratisch dominierenden Faktor im gesamten Kanton wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die versprochenen Synergiegewinne aus einer Fusion bisher nicht eingetroffen sind. Bevor weitere Fusionen angestrebt werden,

müssen die Synergieversprechen umgesetzt werden.» Und: «Es ist keine Lösung, bei allen geplanten Fusionen den Steuersatz dem Niveau der Stadt anzupassen. Die Defizitprobleme müssen vor allfälligen Fusionen gelöst werden.» Geleitet wird der neue Verein von Lisa Zanolla. Pressesprecher ist Pirmin Müller, Beisitzer sind Urs Zimmermann und Thomas Schärli. Alle vier bekennen sich zur SVP. Die Zahl der Mitglieder des Vereins ist nicht bekannt.

Stellt sich die Frage: Wer soll bezüglich Starke Stadtregion in Zukunft das Sagen haben? Die Ewiggestrigen

oder jene, die in die Zukunft blicken? Es scheint, man stemme sich in Luzern in gewissen Kreisen gegen die Vernunft. Man schreit nach neuer Infrastruktur, genannt Tiefbahnhof oder Autobahn-Bypass, sieht aber nicht, dass der Bund nicht bereit ist, die Gelder in ein zerstückeltes Konstrukt von unkoordinierten Gemeinden zu investieren. «Gemeinsam sind wir stark», lautet die Devise. Hier liegt die Zukunft. Aber offenbar haben das noch nicht alle begriffen.

Peter A. Meyer